

Vorlage an den Landrat

Beantwortung der Interpellation 2021/241 von Markus Dudler: «Beratungsstellen für Angehörige von Sektenmitgliedern und Verschwörungstheoretiker*innen» 2021/241

vom 31. August 2021

1. Text der Interpellation

Am 22. April 2021 reichte Markus Dudler die Interpellation 2021/241 «Beratungsstellen für Angehörige von Sektenmitgliedern und Verschwörungstheoretiker*innen» ein. Sie hat folgenden Wortlaut:

Durch die aktuell grassierende Corona-Pandemie erleben Verschwörungsmythen massiven Aufschwung. Leider befeuern solche Mythen, wie schon oft in der Vergangenheit Rassismus und Antisemitismus. Ebenso nehmen behördenfeindliche Anschuldigungen, die oft auf Verschwörungsmythen fussen, massiv zu. Unsere Demokratie wird in den Grundfesten in Frage gestellt und Widerstand, sowie ziviler Ungehorsam wird zur Bürgerpflicht erklärt. Mit ihren extremen Ansichten sind Anhänger dieser Mythen analog von Sektenmitglieder für ihr Umfeld nicht mehr zu erreichen. Darum sind gerade Angehörige und das persönliche Umfeld gegenüber Personen, die sich radikalisieren, oft hilf- und machtlos. Dies ist für die Beziehungen und das Umfeld enorm belastend.

Dabei könnten sie bei einer kompetenten Begleitung und Beratung einen Beitrag leisten, Verschwörungsmythen den Wind aus den Segeln zu nehmen oder zumindest gesellschaftliche Schäden, Leid und Verzweiflung zu mindern.

Radikalisierte Menschen verursachen auch im Berufsumfeld Probleme. Ihre Einstellung, Verhalten und Äusserungen im Betrieb und auch im privaten Umfeld verursachen Spannungen und Antipathien. Führungskräfte und auch Arbeitskolleginnen und -kollegen können von dieser Situation überfordert sein; Mobbing, Abmahnungen sowie Kündigungen drohen.

Der Regierungsrat wird daher gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Was gedenkt der Regierungsrat gegen die verstärkte Ausbreitung von Verschwörungsmythen zu unternehmen?
2. Gibt es für Angehörige, Berufskolleginnen und -kollegen, sowie Führungskräfte auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene Anlaufstellen, die sich explizit mit Sekten und Verschwörungsmythen befassen und bei Bedarf dem Umfeld von radikalisierten Personen helfen und diese beraten können? Wenn nein: Gibt es Bestrebungen, solche Beratungsstellen aufzubauen?
3. Gibt es auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene Anlaufstellen für durch die Zugehörigkeit in Sekten oder von Verschwörungsmythen radikalisierte Personen? Wenn nein: Wäre es aus Sicht der Regierung sinnvoll, solche Angebote zu schaffen?

4. *Ist der Regierungsrat bereit, sich der Kampagne der Europäischen Kommission gegen coronabedingte Desinformation anzuschliessen?*

2. Einleitende Bemerkungen

Die Verbreitung von Verschwörungstheorien hat eine lange Tradition. Besondere Aktualität hat sie auf Plattformen des Internets erlangt, insbesondere seit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie. Durch das Internet wird das Gefährdungspotential von Verschwörungstheorien weiter verschärft (Stichwörter «Fake News», «Alternative Facts», «Lügenpresse»). Als Gefahren, die im Zusammenhang mit Verschwörungstheorien auftreten, werden häufig folgende aufgeführt: Überinformation, Erreichbarkeit von Massen bei niedrigen Kosten, Veränderbarkeit bzw. Fälschbarkeit elektronischer Daten und Scheinlegitimierung durch vermeintliche Zustimmungsbekundungen.¹ Beachtet werden muss jedoch auch, dass die Grundrechte freier Kommunikation dem Einzelnen den Anspruch gewährleisten, seine Meinung gegenüber Dritten frei zu äussern; somit grundsätzlich auch für Ansichten, welche von der Mehrheitsgesellschaft abgelehnt werden. Dem Grundrecht auf freie Meinungsäusserung (Art. 16 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft [BV] vom 18. April 1999; SR 101) kommt in jeder demokratischen Gesellschaft ein hoher Stellenwert zu, wobei das Grundrecht einen entsprechend geringeren Schutz für rassistische, religiöse Überzeugungen, verletzende, pornographische und ehrverletzende Äusserungen garantiert.² Damit Äusserungen aber nicht über das zulässige Mass hinausgehen, erachtet es der Regierungsrat als ständige Pflicht dieser Gesellschaft, sich für die Prävention und Bekämpfung von Hassreden, psychischer und physischer Gewalt einzusetzen. Sensibilisierung und Information sowie Unterstützung in Form von Anlaufstellen für radikalisierte Personen und deren Angehörige sind wirksame Mittel zur Verhinderung von Verschwörungsmysen sowie deren negativen Folgen für die Gesellschaft als Ganzes und der Einwohnerinnen und Einwohner als Einzelne.

Am 10. März 2021 reichte Samira Marti auf Bundesebene eine weitgehend gleichlautende Interpellation ein, zu der der Bundesrat am 12. Mai 2021 Stellung genommen hat (Ip. Marti [21.3123](#)). Die nachfolgende Beantwortung der Fragestellungen schliesst sich in Teilen an die Stellungnahme des Bundesrats an.

3. Beantwortung der Fragen

1. *Was gedenkt der Regierungsrat gegen die verstärkte Ausbreitung von Verschwörungsmysen zu unternehmen?*

Wie in der Antwort des Bundesrats Interpellation Marti ([21.3123](#)) erläutert, befassen sich auf Bundesebene verschiedene Stellen mit dem Thema:

- Der Bundesrat hat beim Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) auf Ende 2021 einen Bericht zur öffentlichen Meinungs- und Willensbildung auf Plattformen (z.B. Social Media) in Auftrag gegeben. Dieser umfasst auch das Thema Hassrede im Netz und soll mögliche Massnahmen und Lösungsansätze aufzeigen. Des Weiteren unterstützt das BAKOM mit einer Ausschreibung (2021-2022) im Bereich digitaler Desinformation und Hassrede Forschungsvorhaben, insbesondere der Kommunikations-, Rechts- oder Politikwissenschaft, die sich mit den Phänomenen der digitalen Desinformation und Hassrede in quantitativer und/oder qualitativer Hinsicht auseinandersetzen und dabei insbesondere die Rolle der "neuen" Intermediäre wie Social Media, Suchmaschinen, Videosharing-Plattformen und Microblogging-Dienste einbeziehen.

¹ vgl. ANTONIA HARTMANN, Fake News, Wahrheit und Regulierung, in: Dal Molin-Kränzlin/Schneuwly/Stojanovic, Digitalisierung – Gesellschaft – Recht, Zürich 2019, S. 87 f.

² vgl. PAUL MÜLLER/MARKUS SCHEFER, Grundrechte in der Schweiz, Bern 2008, S. 383.

- Das Programm Jugend und Medien des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV) bietet mit seiner Plattform "Jugend und Medien - das Informationsportal zur Förderung von Medienkompetenzen" Informationen und Tipps zum Umgang mit digitalen Kommunikationsmitteln für Jugendliche und Eltern. Das Thema Verschwörungsideologien wird auf der Themenseite "Fake News und Manipulation" explizit aufgeführt. Aufgrund der Corona-Situation ist vorgesehen, diesen Teil auszubauen.
- Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) stellt im Rahmen der Kommunikationsstrategie zur Covid-19-Pandemie aktuelle, faktenbasierte und leicht zugängliche Informationen für die Bevölkerung zur Verfügung. Die Swiss National COVID-19 Science Task Force unterstützt die Bemühungen, zum Beispiel mit Beiträgen zum Umgang mit Corona-Leugnung. Im Rahmen der "So schützen wir uns"-Kampagne werden auf dem Informationsportal zur Covid-19-Impfung und in Social-Media-Kanälen regelmässig Videos publiziert, in denen kursierende Mythen über die Covid-19-Impfung von Wissenschaftlern und Expertinnen widerlegt und entkräftet werden. Zur Eindämmung der Verbreitung von Verschwörungsmythen steht das BAG auch in Kontakt mit Betreibern von Social-Media-Plattformen, welche sich im Rahmen eines Verhaltenskodex für die Bekämpfung von Desinformation einsetzen.
- Die Fachstelle für Rassismusbekämpfung (FRB) entwickelt Präventionsmassnahmen im Rahmen einer Gesamtstrategie gegen Rassismus im Netz aufgrund des 2020 erstellten Berichts "Status Quo und Massnahmen zu rassistischer Hassrede im Internet: Übersicht und Empfehlungen". Dieser gibt einen Überblick über Rassismus im Internet, inklusive der Problematik der Verbreitung von Verschwörungstheorien. Im Rahmen der von der FRB gewährten Subventionen wird das Thema Rassismus im Netz in den kommenden Jahren schwergewichtig unterstützt.
- Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) hat anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung der Rassendiskriminierung vom 21. März darauf hingewiesen, dass Angst, Intoleranz und Vorurteile im aktuellen Kontext der Pandemie zunehmen und fordert, die Flut von Hassrede und Verschwörungstheorien engagiert zu bekämpfen. Die nächste Ausgabe des Bulletins der EKR, "Tangram" (Herbst 2021), widmet sich der Problematik von Verschwörungstheorien, Vorurteilen und Stereotypen.
- Weiter befassen sich die für Sicherheitspolitik zuständigen Gremien auf Stufe Bund (Kerngruppe Sicherheit, Sicherheitsausschuss des Bundesrates) regelmässig mit dem Thema gezielter, von aussen gesteuerter Beeinflussungsaktivitäten.

Die an den Massnahmen beteiligten und interessierten Bundesstellen koordinieren ihre Aktivitäten im Rahmen einer internen Arbeitsgruppe.

Auf kantonaler Ebene verfügt der Kanton Basel-Landschaft zusammen mit den Kantonen Basel-Stadt und Solothurn über die Anlaufstelle «STOPP Rassismus». Diese berät kostenlos Personen, die Diskriminierungen und rassistischen Übergriffen ausgesetzt sind.

Es ist unbestritten, dass Mythen und Verschwörungstheorien durch die sozialen Medien eine stärkere Verbreitung finden und auch viel stärker wahrgenommen werden. Allerdings stellt die Polizei im Kanton Basel-Landschaft praktisch keine daraus erwachsenden, verstärkten Aktivitäten in den Bereichen Rassismus, Antisemitismus und Gewaltdrohungen fest, die strafrechtlich relevant und zu verfolgen wären. Die festgestellten Aktivitäten halten sich im Rahmen der Meinungsäusserungsfreiheit. Die Polizei entfaltet in diesem Bereich derzeit keine besonderen Aktivitäten oder präventiven Massnahmen. Mit der Anlaufstelle «STOPP Rassismus», dem kantonalen Bedrohungsmanagement sowie den weiteren unten genannten Anlaufstellen bestehen jedoch ausreichende Strukturen, um solchen Phänomenen zu begegnen.

2. *Gibt es für Angehörige, Berufskolleginnen und -kollegen, sowie Führungskräfte auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene Anlaufstellen, die sich explizit mit Sekten und Verschwörungsmysmen befassen und bei Bedarf dem Umfeld von radikalisierten Personen helfen und diese beraten können? Wenn nein: Gibt es Bestrebungen, solche Beratungsstellen aufzubauen?*
3. *Gibt es auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene Anlaufstellen für durch die Zugehörigkeit in Sekten oder von Verschwörungsmysmen radikalisierte Personen? Wenn nein: Wäre es aus Sicht der Regierung sinnvoll, solche Angebote zu schaffen?*

Aufgrund ihrer inhaltlichen Nähe werden im Nachfolgenden die Fragen 2. und 3. miteinander beantwortet.

Wie auch in der Stellungnahme des Bundesrats zur Interpellation Marti ([21.3123](#)) erwähnt, enthält der Nationale Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus (NAP) 26 Massnahmen, welche das Ziel haben, Radikalisierung und gewalttätigen Extremismus in all ihren Formen frühzeitig zu erkennen und zu bekämpfen. Er fördert eine institutionalisierte und interdisziplinäre Zusammenarbeit als Voraussetzung für wirksame Präventionsarbeit sowie für erfolgreiche Ausstiegs- und Reintegrationsmassnahmen.

Die beim Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) angesiedelte Nationale Koordinationsstelle führt auf ihrer Website eine Liste der kantonalen Fach- und Anlaufstellen zur Prävention von Radikalisierung; für den Kanton Basel-Landschaft wird dabei das bei der Sicherheitsdirektion angesiedelte [Kantonale Bedrohungsmanagement \(KBM\)](#) aufgeführt. Ziel des Bedrohungsmanagements ist es, schwere Gewalttaten zu verhindern und Gewaltbetroffene in ihrer psychischen, physischen, sozialen und beruflichen Integrität zu schützen.

Daneben gibt es auf kantonaler Ebene weitere Anlaufstellen, welche sich mit diesen Themen beschäftigen:

- Zu denken ist etwa an den [Runden Tisch der Religionen beider Basel](#), der sich mit Fragen rund um Religion befasst und auch zum Thema Sekten als Ansprechstelle zur Verfügung steht.
- Die [Opferhilfe beider Basel](#), welche vom Kanton Basel-Landschaft partnerschaftlich mit dem Kanton Basel-Stadt subventioniert wird, unterhält in Liestal ein Beratungsangebot.
- An dieser Stelle zu nennen sind auch die [Beratungsstelle für Partnerschaft, Ehe und Familie](#) der reformierten Kirche Baselland sowie die [Ehe- und Partnerschaftsberatung](#) der römisch-katholischen Kirche im Kanton Basel-Land. Beide Stellen bieten konfessionsübergreifende Beratungen im familiären und partnerschaftlichen Bereich und werden vom Kanton mit einem jährlichen Beitrag unterstützt.
- Für Jugendliche gibt es die Websites [www.feel-ok.ch](#) und [www.tschau.ch](#), die beide jugendgerechte Informationen zu zahlreichen Fragestellungen enthalten, regionale Anlauf- und Beratungsstellen vermitteln sowie auch direkt Fragen von Jugendlichen beantworten.
- In der Broschüre «julex by feel-ok.ch» finden Jugendliche darüber hinaus eine Fülle von Adressen und Anlaufstellen, auch zum Thema Religion und Sekten. Die Broschüre ist auf der [Website des Amtes für Gesundheit](#) abrufbar.

Auf nationaler Ebene gibt es überdies Anlaufstellen, welche sich ausdrücklich mit den Themen «Sekten» und «Verschwörungstheorien» befassen:

- So bietet beispielsweise der Verein «infoSakta», mit Sitz in Zürich, Selbsthilfegruppen für Angehörige sowie für Aussteigerinnen und Aussteiger von Sekten an. Das Angebot richtet sich somit an Menschen, welche direkt oder indirekt von Sekten betroffen sind.
- Im Weiteren ist auch die «Evangelische Informationsstelle Kirchen – Sekten – Religionen (relinfo)», mit Sitz in Rüti (ZH), zu erwähnen. Auch diese Informationsstelle bietet niederschwellig zugängliche Beratungen per E-Mail, per Telefon oder per persönlichem Gespräch an. Hervorzuheben ist auch das zur Verfügung gestellte Online-Lexikon, welche es Betroffenen erlaubt, einen kritischen Überblick über die gängigsten Sekten/Verschwörungstheorien zu gewinnen.

- Ein ähnliches Ziel verfolgt der Verein «INFOREL – Information Religion», mit Sitz in Basel. Ziel des politisch und konfessionell neutralen Vereins ist es, mittels empirischer Herangehensweise das Wissen über Religionen und religiöse Bewegungen zu erweitern und zu vertiefen. Direkt und indirekt Betroffene können sich dadurch ein objektives Bild über die diversen religiösen Strömungen in der Region Basel machen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es kantonal und national diverse Stellen gibt, welche sich explizit oder implizit mit den durch den Interpellanten aufgeworfenen Fragestellungen auseinandersetzen. Nach Ansicht des Regierungsrats müssen daher zurzeit keine weiteren Angebote oder Fachstellen geschaffen werden.

4. Ist der Regierungsrat bereit, sich der Kampagne der Europäischen Kommission gegen coronabedingte Desinformation anzuschliessen?

Wie in der Antwort des Bundesrats zur Interpellation Marti ([21.3123](#)) erläutert, arbeitet die Schweiz im Kontext der Bewältigung der Covid-Pandemie eng mit der Europäischen Union zusammen. Die Aktivitäten der Europäischen Kommission zum Thema Desinformation verfolgt die Schweiz mit Interesse. Sie leistet auf nationaler Ebene ihren Beitrag, um der Herausforderung der Desinformation zu begegnen.

Der Regierungsrat erachtet eine darüberhinausgehende Involvierung des Kantons in Kampagnen der Europäischen Kommission nicht als angezeigt.

Liestal, 31. August 2021

Im Namen des Regierungsrats

Der Präsident:

Thomas Weber

Die Landschreiberin:

Elisabeth Heer Dietrich